



Fraktion GRÜNE / Junge Grüne
c/o Andreas Hobi, Fraktionspräsident
andreas.hobi@bluewin.ch
079 740 27 84

Stadtrat der Stadt St.Gallen
Rathaus
9001 St. Gallen

Per E-Mail: manfred.linke@stadt.sg.ch

St. Gallen, 19. August 2021

Einfache Anfrage

Hilfe für die Menschen in Afghanistan

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin
Sehr geehrte Frau Stadträtin und Herren Stadträte

Unsere Fraktion ist tief betroffen von den Ereignissen in Afghanistan. Durch die Machtübernahme der fundamentalistischen Taliban ist zu befürchten, dass über kurz oder lang die noch unter dem alten Regime erlaubten Menschenrechte stark beschnitten werden und die Bevölkerung wieder unter der Rechtsordnung der Scharia zu leben haben wird, was einem Rückschritt ins Mittelalter gleichkommt. Das wird zur Folge haben, dass die Rechte der Frauen auf Bildung und Berufstätigkeit sowie das Recht auf freie Meinungsäusserung verunmöglicht werden wird und drakonische Strafen wieder praktiziert werden.

Die Furcht unter der afghanischen Bevölkerung ist sehr gross und viele fühlen sich an Leib und Leben gefährdet und versuchen zu fliehen. Der Bundesrat bewilligt einer verhältnismässig kleinen Gruppe von afghanischen Menschen, die im Umkreis von Funktionärinnen und Funktionären aus der Schweiz gearbeitet haben, humanitäres Asyl. Das kann unserer Meinung nach nicht reichen.

Wir bitten den Stadtrat alles in seiner Macht Stehende schnellstmöglich zu tun, um Hilfe für die bedrängten Menschen in Afghanistan zu leisten.

Die Justizministerin Karin Keller-Sutter hätte die Möglichkeit, wie damals ihre Vorgängerin Simonetta Sommaruga im Syrienkonflikt 2013, via erleichterte Visabestimmungen für Familienangehörige von in der Schweiz lebenden Afghaninnen und Afghanen, diesen Verwandten der hiesigen Diaspora die Einreise zu ermöglichen. Dies wurde damals über die Schweizer Vertretungen in den Nachbarländern Syriens realisiert. Gleiches wäre im Fall Afghanistans möglich.

Wir bitten um möglichst rasche Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie weit kann der Stadtrat im Rahmen des Schweizerischen Städteverbandes oder anders beim Bundesrat Druck machen, dass das Kontingent der humanitären Asylerteilung für Menschen aus Afghanistan deutlich verstärkt wird oder erleichterte Visabestimmungen für Angehörige von in der Schweiz lebenden Afghaninnen oder Afghanen realisiert werden und eine Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen in der Stadt St. Gallen ermöglicht wird?
2. Wo sieht der Stadtrat weitere Hilfsmöglichkeiten für die Menschen in Afghanistan, z.B. finanzielle Nothilfe oder Ähnliches?



Für die Beantwortung der Fragen dankt unsere Fraktion herzlich.

Andreas Hobi

Freundliche Grüsse

Im Namen der Fraktion der GRÜNEN und Jungen Grünen, Andreas Hobi, Fraktionspräsident